

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Salter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.  
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

Tagblattausgabe Nr. 6650-55.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.  
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugspreis: M. 3,80 monatlich, M. 11,40 vierteljährlich, durch den Verlag Langgasse 21, ohne Traglohn. —  
Bezugsbestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Ausgabestellen in allen Teilen der  
Stadt; in Biedrich die dortigen Ausgabestellen u. in den benachbarten Landorten u. im Rheingau die  
betreff. Tagblatt-Träger u. die Post. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Strafen  
haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Fortsetzung des entsprechenden Entgelts.



Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hansa 1371-1373.

Samstag, 26. Juni 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 294. • 68. Jahrgang.

## Die Regierung Fehrenbach und Spa.

Die neue deutsche Regierung Fehrenbach ist nun endlich, 19 Tage nach der Reichstagswahl, zustande gekommen. Gleichzeitig mit der Meldung über die Konstituierung des Kabinetts ging uns die Nachricht zu, daß die Konferenz von Spa nunmehr endgültig auf den 5. Juli angelegt ist. Die Sorge der Regierungsbildung wären wir nach langem Hangen und Bangen nun glücklich los, nun aber kommt eine noch bei weitem schwierigere Aufgabe. Wen sollen wir nach Spa schicken und welche Verhandlungsunterlagen sollen unsere Vertreter dorthin mitnehmen? Hat die mühsam zustandegekommene neue deutsche Regierung bereits ein Programm für Spa? Kann sie überhaupt schon eines haben? Man darf das billig bezweifeln, denn es ist mit leitenden Gedanken allein, so wichtig und schließlich entscheidend sie sind, noch nicht getan. Es kommt auch auf die Durchsicht bis in die letzten Einzelheiten an, und namentlich darauf, daß die Ententestaatsmänner in Spa von der Unmöglichkeit für Deutschland überzeugt werden, die übergroßen Entschädigungen zu leisten, die man uns abverlangt. Es wird keinem zu verdenken sein, wenn er mit größter Sorge an die bevorstehende Konferenz denkt. Man muß wissen, daß in Spa über unser Schicksal auf lange hinaus entschieden werden wird. Versailles war nur der Rahmen; jetzt gibt es ihm einen Inhalt zu geben. Versailles war nur der Hinweis auf die Zukunft, und solange die schwarzen Tage der Erfüllung nicht da waren, konnte man leichtsinnig sein und irgendetwas Wunder erwarten. Jetzt aber ist Zahltag! Wie sollen wir da bestehen? Das deutsche Volk weiß anscheinend noch gar nicht, daß uns in Spa ein Schicksal droht, dessen Beschämung bisher noch keinem europäischen Staate zugebracht worden ist, das Schicksal nämlich, wie die Türken unter finanzieller Vormundschaft der Gläubigerstaaten gestellt zu werden. Eine dette publique allemande will die Entente errichten, und man sieht nicht recht, wie sie daran wird gehindert werden können. Es ist sehr zu fürchten, daß auch das Kabinett Fehrenbach nicht im Besitz eines erlösenden Gedankens ist.

Ob uns in Spa verzinsliche Zahlungen von 120 Milliarden Goldmark oder 42 Jahreszahlungen von je drei Milliarden Goldmark und den laufenden Zinsen zugemutet werden sollen, oder ob diese phantastischen Summen um etwa ein Drittel ermäßigt werden, unerfüllbar werden die Ansprüche der Gläubiger in dem einen wie im anderen Falle sein. So tief, wie der Engländer Keynes in seinem berühmten Buch es fordert, werden die Entschädigungen ja doch nicht gekürzt werden. Auf höchstens 40 Milliarden Gold berechnet Keynes die deutsche Leistungsfähigkeit. Wie viel Wasser Lloyd George in den konzentrierten Alkohol des französischen Verlangens auch gießen mag, bis zu jener unteren Grenze wird er niemals gehen. Auch England mutet uns Unmögliches zu, aber es ist nun einmal ein Unterschied zu unseren Ungunsten, ob wir uns außerstande erklären, 30 Milliarden Papier jährlich zu zahlen oder ob wir sagen müssen, auch die Hälfte bleibe immer noch unerfüllbar. Jenes mag uns die Welt, auch die feindliche, allenfalls glauben, dieses wird sie uns als bösen Willen auslegen wollen. Aus den 40 Goldmilliarden Mark des Herrn Keynes wird jedenfalls und ganz bestimmt nichts werden. Und wie soll selbst diese Summe ausgebracht werden? Was können wir überhaupt noch leisten, solange die ungeheure Defizitwirtschaft fortdauert, von der niemand bisher hat angeben können, wie sie überwunden werden soll? Im Reichsrat teilte der Reichsfinanzminister Dr. Wirth mit, daß der Fehlbetrag der Reichseisenbahnen jetzt allein schon auf 15 Milliarden gestiegen sei, wobei derjenige der Post noch unberücksichtigt bleibe. Aber damit nicht genug, Dr. Wirth kündigte eine weitere gewaltige Zunahme dieses Defizits als Folge des neuen Lohnsatzes an! Man kann sich keine größere Zerrüttung vorstellen als die, in der sich unsere Finanzen befinden, und nun sollen wir in Spa zu Leistungen veranlaßt werden, die auch dann, wenn unsere Wirtschafts- und Finanzzustände in guter Ordnung wären, die furchtbarste Bedrückung bedeuten müßten.

Neben der Kriegsschadigungsfrage wird in Spa hauptsächlich die Entwaffnungsfrage noch eine wesentliche Rolle spielen. Daß sich die Entente auf eine höhere Ziffer der Stärke unseres Heeres als 100 000 Mann nicht einlassen wird, steht nach ihrer letzten Note endgültig fest. Diese Note hat die an sich kritische Lage Deutschlands neuerdings in ein nicht unbedenkliches Stadium gedrängt. Der Reichswehrminister Gehler droht bereits mit seinem Rücktritt, falls sich die Entente nicht zu Zugeständnissen herbeiläßt. Die Folgen des Entwaffnungsverlangens der Gegner sind bei den Generalstreik- und Putschplänen der Unabhängigen augenblicklich noch nicht abzusehen. Darüber jedoch, daß sie

unter Umständen sehr schwer sein können, besteht in politischen und militärischen Kreisen Deutschlands nicht der leiseste Zweifel.

Aus alledem erzieht man, daß der deutsche Diplomatie in Spa die schwersten Aufgaben bevorstehen. Hoffentlich zeigen sich die neuen Männer den Anforderungen gewachsen. Dem deutschen Volke aber wird nichts übrig bleiben, als mit fähigem Blute den Ereignissen der kommenden Tage entgegenzusehen und zu bedenken, daß Einigkeit jetzt vor allem das Gebot der Stunde sein muß!

## Die neuen Minister.

### Reichskanzler Fehrenbach.

Konstantin Fehrenbach ist am 11. Januar 1862 in Wellendingen auf dem badischen Schwarzwald (Bezirk Bonndorf) als Sohn eines Volksschullehrers geboren. 1882 ließ er sich in Freiburg als Rechtsanwalt nieder; bald beteiligte er sich am öffentlichen Leben. Dem badischen Landtag gehörte er von 1888-1897 und von 1901-1913 an, wo er 1913 auf eine Wiederwahl verzichtete, um sich ganz der Ausübung seines Reichstagsmandats widmen zu können. Im badischen Landtag war er einer der Zentrumsführer in der Zweiten Kammer und seit November 1907 Präsident dieser Kammer, der erste Zentrumsmann an dieser Stelle. Im Reichstage lag er seit 1903 amtierend als Vertreter des badischen Reichstagswahlkreises Eisenheim-Lahr-Woschlag. Im August 1917 übernahm er als Nachfolger Spohns den Vorsitz im Hauptauschuß des Reichstages. Damit war er bereits zu einem der einflussreichsten Männer in der Reichspolitik geworden. Am 8. Juni wurde er mit 270 von 289 Stimmen als Nachfolger Kämpfs zum Reichspräsidenten erwählt.

### Dr. Rudolf Heinze, Reichsjustizminister und Stellvertreter des Reichskanzlers.

Rudolf Heinze wurde am 23. Juli 1866 zu Oldenburg (Großherzogtum) geboren. 1896 trat er in den sächsischen Justizdienst ein; 1914 wurde er Reichsgerichtsrat. Während des Krieges war er von 1916-1918 Unterstaatssekretär im sächsischen Justizministerium, bis er im Juli 1918 zum sächsischen Justizminister berufen wurde. In dieser Stellung blieb er bis zur Revolution im November 1918. Seine Berufung zum Justizminister in Sachsen war ein Ereignis insofern, als seit Menschengedenken kein ausgesprochener Oberster in Sachsen Minister geworden ist.

### Simons, Reichsminister des Innern.

Geheimrat Simons ist aus der juristischen Laufbahn hervorgegangen. Seit 1911 war er Geheimrat Legationsrat und Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, später Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt und hat in dieser Eigenschaft auch an den Beratungen in Versailles teilgenommen. Im Februar 1919 wurde Simons zum Unterstaatssekretär und Chef der Reichskasse berufen. Beim Ausbruch der Revolution war er schon einmal mit der Leitung der Reichskasse betraut worden, nachdem er sich damals unter ausdrücklicher Warnung seiner anders gerichteten politischen Überzeugung der Revolutionäre zur Verfügung gestellt hatte. Er hat als Berater des Grafen Brockhoff an den Friedensverhandlungen in Versailles teilgenommen.

### Dr. Scholz, Reichswirtschaftsminister.

Dr. Scholz ist 1874 in Wiesbaden geboren. Nach Vollendung des juristischen Studiums war er zunächst Gerichtsdirektor, dann Sekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes in Charlottenburg. 1901 trat er zur Kommunalverwaltung über und war in Frankfurt a. M., Wiesbaden und Düsseldorf tätig. In Wiesbaden war er Polizeikommissar und Stadtkämmerer. 1912 wurde er als Oberbürgermeister nach Kassel und bereits im folgenden Jahre in gleicher Eigenschaft nach Charlottenburg berufen.

### General Groener, Reichsverkehrsminister.

Wilhelm Groener wurde 1867 in Ludwigsburg (Württemberg) geboren. Seine militärische Laufbahn führte ihn in den Großen Generalstab, in dem er 1912 Chef der Eisenbahnabteilung wurde. Als solcher war er beim Ausbruch des Krieges eine außerordentlich wichtige Persönlichkeit. Als im November 1916 das Kriegsmat geschaffen und mit der Durchführung des wirtschaftlichen Hindenburgprogramms beauftragt wurde, trat Groener an die Spitze dieses wichtigen Amtes und leitete es mit Erfolg. Er hat das Hilfsdienstgesetz des Reichstages gegenüber vertreten. Es ist heute noch nicht aufgearbeitet, welche Gründe es eigentlich waren, die schon im April 1917, als organisatorische Änderungen im Kriegsmat erfolgten, Groener zum Rücktritt bestimmten. Groener trat nun in den Frontdienst zurück. Nach dem Zusammenbruch im Oktober 1918 übernahm er als Nachfolger Ludendorffs das Amt des Ersten Generalquartiermeisters.

### Reichskanzler Fehrenbach erkrankt.

Bb. Berlin, 25. Juni. Wie verlautet, ist im Verlauf des Freitags eine Unpäßlichkeit des Reichskanzlers Fehrenbach eingetreten, die ihn zwingt, das Bett zu hüten. Offenbar ist diese Unpäßlichkeit auf die Aufregungen der letzten Tage zurückzuführen.

### Die Programmklärung.

Br. Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Programmklärung, welche die Regierung am Montag abgeben wird, soll heute endgültig formuliert werden. Dieser die Form der Beantwortung der Erklärung wird immer noch zwischen den Fraktionen verhandelt. Unter anderem denkt man jetzt daran — wir haben das schon gestern angedeutet — für die Zustimmung eine allgemeine Fassung zu finden, durch welche die Regierung ausreichend gestützt würde.

### Rücktrittsabsichten des Reichswehrministers?

Br. Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In den späten Abendblättern wurde gestern behauptet, Reichswehrminister Gehler wolle zurücktreten. In dieser Form ist die Meldung falsch. Herr Gehler würde nur zurücktreten, wenn vom neuen Kabinett seine gewissenhafte Überzeugung nicht geteilt würde, daß die von der Entente geforderte Herabminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann unmöglich ist. In diesem Falle würde er die Verantwortung zur Führung seines Amtes nicht länger tragen zu können glauben, aber es ist wohl kaum anzunehmen, daß es in diesem Punkte in der neuen Regierung Meinungsverschiedenheiten gibt.

## Deutscher Reichstag.

mz. Berlin, 25. Juni.

Alterspräsident Riele eröffnet die Sitzung und läßt die dem Hause zugegangenen Eingänge verlesen, darunter bereits einige Interpellationen. Er verliest dann die für die Wahl des Reichstagspräsidenten maßgebenden Bestimmungen. Die Wahl vollzieht sich recht langsam. Das Haus scheidet während der Wahl einem aufgeregten Bienenstimm. Die Abstimmung ergibt die Wahl des Abg. Löbe (Soz.) mit 393 von insgesamt 420 Stimmen. Auf die Frage des Alterspräsidenten Riele erklärt sich Abg. Löbe bereit, das Amt anzutreten und nimmt den Präsidentenposten ein. Dann folgt die Wahl der ersten Vizepräsidenten. Der Parteistärke gemäß haben hierzu die Unabhängigen den Anspruch. Sie haben den Abg. Dismann aufgestellt. Die Wahl vollzieht sich in derselben Form wie die Präsidentenwahl. Ingesamt werden 397 Stimmen abgegeben, davon entfallen auf den Abg. Dismann 236. Er ist somit gewählt und nimmt die Wahl an. 156 Stimmen blieben weiß, 5 Stimmen zerplittert.

Das Haus schreitet zur Wahl des zweiten Vizepräsidenten. Abg. Bell ist dafür in Vorschlag gebracht. Die Abstimmung ergibt die Teilnahme von 307 Abgeordneten an der Wahl; 8 Stimmzettel sind weiß, 356 lauten auf Dr. Bell, der somit gewählt ist und die Wahl annimmt. Je ein Stimmzettel lautet auf Becker-Dessen, Erbsberger und Koske (Heiterkeit). Für den dritten Vizepräsidenten ist Abg. Dietrich (D.-Nat.) in Vorschlag gebracht. 348 Abgeordnete nehmen an der Abstimmung teil; 83 Zettel sind weiß. Dietrich wird mit 290 Stimmen gewählt. Je eine Stimme entfällt auf Grafen Frau Jies, Dr. Bell und Heiterlich.

Nächste Sitzung Montagsvormittag 11 Uhr: Entsaenahme einer Regierungserklärung; außerdem mehrere Interpellationen. — Schluß gegen 7 Uhr.

### Der Arbeitsplan.

Br. Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichstag wird außer der Programmdebatte in seiner gegenwärtigen kurzen Tagung noch den Notetage zu erledigen haben. In der Programmdebatte wird, wie bisher feststeht, für die Demokraten Dr. Peteren sprechen; die Unabhängigen wollen Herrn Ledebour vortreten. Dann wird der Reichstag mindestens bis Mitte September vertagt. Nur wenn außergewöhnliche außenpolitische Zwischenfälle es erforderlich machen würden, würde er früher sich wieder versammeln.

### Ein Antrag auf Sittierung des Lohnabzugs.

mz. Berlin, 26. Juni. Wie dem „B. T.“ berichtet wird, ist im Reichstag ein interfraktioneller Initiativantrag eingegangen, der die Regierung auffordert, eine Sittierung des 10pro. Lohnabzugs anzuordnen.

### Die deutschen Vertreter für Spa.

Br. Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach Spa werden, wie man aus politischen Kreisen hört, als offizielle Unterhändler der Kanzler und der Vizekanzler gehen. Natürlich wird sich bei ihnen der Außenminister Dr. Simons befinden, der von Herrn Dr. Melchior begleitet sein wird. Auch Herr Dr. Gehler wird sich vermutlich nach Spa begeben.

mz. Berlin, 26. Juni. Die Konferenz von Spa ist, so schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, auf den 5. Juli angelegt. Wenige Tage stehen der neuen Regierung zur Verfügung, sich darüber klar zu werden, wie sie ihre Stellungnahme für diese schwerwiegende Besprechung im einzelnen zu präzisieren haben wird. Niemand gibt sich der Erwartung hin, daß die Vorschläge der Verhandlungsgegner diffiziert sein werden von irgendwelcher Rücksichtnahme auf Deutschlands Lebensmöglichkeiten.

In einem weiteren Artikel bemerkt das Blatt, daß die Frage der Herabminderung der Heeresstärke auf 100 000 Mann derzeit einer staatlichen Existenzfrage gleichkomme, da der von der Entente dafür empfohlene Ersatz unbedeutend sein müsse.

### Die Entwaffnungsnoten.

Br. Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierung hat bisher den Wortlaut der Entwaffnungsnoten nicht veröffentlicht. Die „Deutsche Zeitung“ behauptet, weil die Regierung sich nicht gewagt hätte, die große erschreckende Wahrheit auf einmal zu enthüllen. In der Note wird nicht nur die Auflösung der gesamten Sicherheitswehr gefordert, sondern auch die Entfernung sämtlicher Offiziere aus den Beamtenstellen der Polizei.

### Die Enthüllungen über Generalstreikpläne.

Bb. Berlin, 26. Juni. Die „Freiheit“ bezeichnet die Veröffentlichung des Bayerischen Kuriers über eine Vorbereitung des Generalstreiks durch die Unabhängigen (siehe Nr. 292 des Wiesbadener Tagblatts vom 25. 6.) als Panatellprodukt bezahler Spittel. In der unabhängigen Sozialdemokratie denke niemand daran, politische Machtverhältnisse durch gewalttätigen Putsch oder Sabotageakte zu ändern. Offenbar erziehen aber die Reaktionen mit Inbrunst den Tag, wo sich die Arbeiterkraft zu Unbesonnenheiten hinreißen lasse. Das deutsche Proletariat werde diese Hoffnung aber zuhause machen und keine Gelegenheiten zur Errichtung der Militärdiktatur geben. (Da ein Münchener Führer der Unabhängigen offen zugegeben hat, daß die Veröffentlichung des „Bayerischen Kuriers“ den Tatsachen entspricht, kann sie nicht als ein Panatellprodukt bezeichnet werden.)

# Die Fortsetzung der Etatsberatung in der Stadtverordnetenversammlung.

Wiesbaden, 26. Juni.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung nahm naturgemäß wieder ein so großes Interesse in Anspruch, wie es selten während eines ganzen Jahres der Fall ist. Das Kollegium war unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden Gerhardi wieder fast vollständig versammelt. Zunächst machte Bürgermeister Travers die unangenehme Mitteilung, daß durch eine unvorhergesehene Erhöhung der Bezirksabgabe auf über 1 Million Mark, für die nur 400 000 M. vorgesehen waren, noch 600 000 M. der Deckung im vorliegenden Haushaltsplan barren und so für das abgelaufene Steuerjahr 1919/20

nach eine nachträgliche Steuererhöhung von weiteren 20 Prozent, also eine achte Rate, erhoben werden muß, wobei freilich auf Bedingung gemacht werden soll, daß dieser Zuschlag für die folgenden Jahre vom Reiche ersetzt werde. Zunächst führte

## Stadt. Dr. Diederhoff

als Berichterstatter des Finanz-Ausschusses u. a. folgendes aus: Die schwierige, überaus traurige Finanzlage unserer Stadt zwingt uns mit tiefem Ernst und nach irena sachlichen Gesichtspunkten die Prüfung des Haushaltsplanes für 1920 vorzunehmen und Stellung dazu zu nehmen. Die große Unsicherheit, in der wir leben, welche durch die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse veranlaßt wird, macht es, wie dies ja auch schon durch Herrn Beigeordneten Schulte hervorgehoben wurde, unmöglich, zuverlässige, maßgebende Vorausschläge für das laufende Wirtschaftsjahr aufzustellen. Es muß daher mit Befriedigung und besonderer Anerkennung begrüßt werden, daß es trotzdem dem Magistrat gelungen ist, uns einen ordnungsmäßigen Haushaltsplan vorzulegen, aus dem sich ein Einblick in die hochgespannte Finanzlage der Stadt erzielen läßt. Die ungeahnte, verhängnisvolle und folgenschwere Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse im Laufe des vergangenen Jahres, besonders in der letzten Zeit, zwingt uns, die unermesslichen, riesigen Ausgaben anzuerkennen und dabei, wo irgend möglich,

## größte Sparjamkeit walten zu lassen.

Sie gewinnt uns aber gleichzeitig und unbedingt für die Deckung der ungeheuren Aufwendungen zu sorgen. Im vergangenen Jahre haben wir uns noch mit der Hoffnung getragen, daß die großen Lasten, die uns der Krieg und die Übergangswirtschaft gebracht hatten und noch bringen würden, baldigt vermindert und erträglich werden könnten. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, haben wir damals beschlossen, von den außergewöhnlichen Ausgaben von 16 1/2 Millionen noch 10 Millionen, welche damals veranlaßt waren durch Feuerungsanlagen (4 Mill.), Kostenspararbeiten (2 Mill.), Erwerbslosenfürsorge und Lebensmittelversorgung (4 Mill.), auf Kriegstitel zu verbuchen. Leider hat sich aber die Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse nicht nur nicht erfüllt, sondern es ist noch eine ganz unerwartete, ungeheure Verschlechterung eingetreten, so daß man Mißwirtschaft treiben würde, wollte man immer wieder die Fehlbeiträge durch Anleihen decken. Ein Eingehen auf die Einzelheiten der verschiedenen Verwaltungen ist wegen der fortwährend schwankenden in Betracht kommenden Verhältnisse unmöglich. Am Stellung zu dem gesamten Haushaltsplan nehmen zu können, ohne auf die Einzelheiten der Verwaltungen einzugehen, muß nochmals auf die Hauptzahlen des Haushaltsplanes zurückgegriffen werden. Der sich gegen das Vorjahr ergebende Mehrbedarf von rund 189 Millionen setzt sich zusammen aus rund 87 Millionen durchlaufenden Posten für Lebensmittel und vom Reiche zu erhaltende Aufwendungen und 52 Millionen andere zu deckende Mehrausgaben. Der Finanzausschuss hat bei der Besprechung der Besoldungsreform usw. dem vom Organisations-Ausschuss noch zu vertretenden Antrag des Magistrats über die etatsmäßige Anstellung von 103 Beamten, die bei der Stadt schon länger als 10 Jahre beschäftigt sind, zugestimmt. Bei den Verwaltungen werden die höchsten Mehrausgaben veranlaßt durch: Straßenbauamt 2,7 Millionen Mark, Wasser- und Lichtwerke 10,67 Millionen Mark, Schulverwaltung 4,9 Millionen Mark, Kurverwaltung 2,01 Millionen Mark, Krankenhausverwaltung 2,5 Millionen Mark, zusammen 22,78 Millionen Mark. Der Rest von rund 11,5 Millionen verteilt sich auf die übrigen 33 Verwaltungen. Der Finanzausschuss ist der Ansicht, daß bei der Straßenbau-Verwaltung unbedingt noch weitere Ersparnisse erzielt werden müßten und daß es für dringend notwendig, daß die Amtsvorstände der einzelnen Verwaltungen auf größte Sparjamkeit bedacht sind. Der Stadt haben, sobald die genannten 17,7 Millionen für Gehaltsreform usw. verteilt werden, nur die Steuern und die Wasser- und Lichtwerke als Einnahmequellen zur Verfügung. Da die übrigen, sämtlich Zuschüsse erfordernden Verwaltungen nicht mit einem Fehlbeitrag abschließen, müssen die Gebühren bis zur äußersten möglichen Grenze erhöht werden. Nur so ist es möglich, die ungeheuren Lasten des diesjährigen Haushaltsplanes zu bestreiten. Der größte Teil des zu deckenden Mehrbedarfs von rund 52 Millionen, nämlich rund 40,3 Millionen, ist bereits genehmigt. Zur Deckung der noch fehlenden, rund 11,5 Millionen werden folgende Anträge zur Genehmigung vorgeschlagen:

1. Erhöhung der Gemeindegrundsteuer von 24 auf 5 %.
2. Erhöhung der Gewerbesteuer von 150 auf 300 Prozent der staatlich veranlagten Steuer.
3. Erhöhung der Betriebssteuer von 150 auf 300 Prozent der staatlich veranlagten Steuer.
4. Erhöhung des Schulgeldes für höhere Schulen um 100 Prozent, Mittelschulen auf 100 M.
5. Erhöhung der Preise für die Erzeugnisse der Wasser- und Lichtwerke, und zwar für:
  - den elektr. Lichtstrom auf 2,50 M. p. K. W. St. (bisher 2,30 M.).
  - den elektr. Kraftstrom auf 1,50 M. p. K. W. St. (bisher 1,40 M.).
  - Gas auf 1,20 M. p. Kubikmeter (bisher 1,05 M.).
6. Erhöhung der Preise des Krankenhauses u. a. für Einheimische für die 1. Klasse auf 45 M., 2. Klasse auf 30 M., 3. Klasse auf 15 M.
7. Erhöhung der Leibhausgebühren auf 10 Pf. von 1 M. statt wie früher 5 Pf. von 3 M.
8. Erlassung der von der Reichssteuer freigelassenen Einkommen.
9. Einführung der allgemeinen Kartenssteuer zur Ergänzung der Verbrauchssteuer, sobald die Richtlinien des Reichsrates vorliegen.

Nach der Mitteilung des Landesbauplatzmannes vom 27. Mai 1920 ist die Bezirksabgabe nachträglich um 13 1/2 Prozent, auf insgesamt 1 017 287 M. erhöht worden. In dem Etat ist nur ein Betrag von 400 000 M. vorgesehen, so daß ein ungedeckter Betrag von rund 600 000 M. verbleibt. Zur nachträglichen Deckung dieses Fehlbeitrages aus 1919 wird vorgeschlagen im Jahre 1920 eine Nachtragsteuer von 20 % der vorläufigen Einkommensteuer zu erheben, wodurch dann für 1920 der Anteil der Stadt an der Reichseinkommensteuer sich um denselben Betrag erhöht und so die Deckung des Fehlbeitrages von rund 600 000 M. ermöglicht. Nach reiflicher Prüfung billigt der Finanzausschuss die von dem Magistrat vorgeschlagenen Wege zur Deckung des großen Mehrbedarfs und empfiehlt der

Stadtverordneten-Versammlung die Genehmigung derselben sowie die Feststellung des gesamten Haushaltsplanes, der in der Ordentlichen Verwaltung in Einnahmen und Ausgaben abschließt mit 173 169 860 M. und in der Außerordentlichen Verwaltung mit 27 506 172 M.

Stadt. Kommissar erstattete Bericht für den Organisations-Ausschuss über die letzte Anstellung von 103 Beamten, die länger als 10 Jahre in städtischen Diensten sind. — Dann begann die eigentliche Generaldebatte. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion schied als Staatsredner

## Stadtverordnete Geschäftsführer Bauer

vor. Der Redner wies zunächst mit entrüsteten Worten die Auffassung des Stadtv. Krüke in der letzten Stadtverordnetenversammlung zurück, daß eine sogenannte Mißwirtschaft nach dem Kriege Schuld an der Finanzlage in Stadt und Reich sei, wobei er auf die großen Zuschüsse einzelner Postitionen verwies, wie z. B. beim Kaiser-Friedrichbad, und die 5 Milliarden Unterhaltungen, die jährlich für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im Reich bezahlt werden und doch von allen Parteien gern bewilligt worden seien. Im übrigen hält es der Redner für angezogen, kein Hauptaugenmerk darauf zu richten, Ersparnisse zu erzielen, wo dies nur irgendwie möglich sei und stellte bemerkenswerterweise fest, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion keine negierende Kommunalpolitik treibe, sondern ehrlich bestrebt sei, mitzuarbeiten und bei all ihrer Kritik auch gleich sage, auf welche Art sie es besser zu machen veruche. Als Richtlinien gelten ihm hierfür, die wirtschaftlich schwachen Schultern zu entlasten und die Bestgestellten härter heranzusehen. Von diesem Gesichtspunkte aus will der Redner denn auch nichts willen von der Erlassung der von der Reichseinkommensteuer freigelassenen Einkommen, jedenfalls aber nicht der unter 12 000 M., und hat ebenso prinzipielle Bedenken gegen die Erhöhung des Schulgeldes. Die Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität sieht er als eine indirekte Steuer an und verlangt sie staffelartig nach oben ausgefaltet, wiederum so, daß die Minderbemittelten möglichst geschont werden. Ferner tritt der Redner für eine Wohnungsluxussteuer ein und bemängelt stark die Passivität des Magistrats in der Wohnungs- und Siedlungsfrage. Im Sinne dieser Ausführungen legt der Redner fünf Anträge vor, darunter auch ein solcher, in dem die Einlegung einer Kommission verlangt wird, die nachprüfen soll, welche Kriegshilfskräfte noch beim Magistrat beschäftigt werden und kritisierte zuletzt das System der Oberbeamten, die man vielfach aus gewissen Gründen als „kleinen Magistrat“ ansehe und die zum Teil noch auf ihrem alten bürokratischen Standpunkt bedarren, oft zum Schaden der städtischen Verwaltung.

Für die demokratische Stadtverordnetenfraktion sprach als Hauptredner

## Stadt. Bauinspektor Deutsch

Er verwies darauf, daß dieser Etat in Wahrheit ein Notetat sei, geboren aus der Not der Zeit im allgemeinen und für Wiesbaden als Gemeinwesen im besonderen. Er bestonte, daß die Ziffern sowohl der Einnahme- wie der Ausgabe-posten nicht als unbedingt feststehend zu betrachten seien und in vier Wochen die Situation sich in veränderlicher Hinsicht schon wieder ganz anders darstellen könne. Der Redner legte in interessanter Weise dar, wie die Vertreter aller Parteien mit dem gleichen Sparwillen an die Beratung des Etats herangingen, leider aber nur mit einem sehr geringen Erfolge, was eben auf die exceptionellen Zeiten und die ungeheuren Folgen des Krieges zurückzuführen sei. Ohne jede überflüssige Kritik betonte der Redner, daß allerdings beim Personalersatz gespart werden könne und müsse, und daß man in einzelnen Abteilungen offenbar doch allzusehr dem heiligen Bürokratismus huldige. Immer wieder begegne man der Auffassung, es könne nichts in dieser oder jener Verwaltung geändert bzw. reformiert werden, nur deshalb, weil sie schon seit Jahren so gehandhabt werde, und daß insbesondere die persönlichen oder sachlichen Kosten nicht vermindert werden könnten, eventl. werde man — was übrigens recht bezeichnend ist — auf eine andere Verwaltung aufmerksam gemacht, wo die größten Missetaten nach Abhilfe kämen. So kann und darf es nicht weitergehen, fuhr der Redner fort, und lenkte dann die Aufmerksamkeit auf den Kurstat, der 800 000 bis 900 000 M. Zuschuss erfordere. Diein ist der Redner mit dem sozialdemokratischen Staatsredner einig, daß entweder starke Streichungen vorgenommen werden, oder aber die Einnahmen vermehrt werden müßten, was natürlich nicht ohne größte Vorsicht geschehen solle. Der Redner wies dann auf den bedeutenden Zuschuss von 800 000 M. hin, den die Stadt für die Pflege, von Wissenschaft und Kunst leistet, während der Staatszuschuss dafür insgesamt nur 60 000 M. und der Kreiszuschuss nur 10 000 M. betrage; er regt an, bei Staat und Kreis eine erhebliche Erhöhung ihrer Zuschüsse zu erwirken, da ja die Kulturaufgaben gerade im besetzten Gebiet von besonderem Interesse für das Allgemeinwohl des Landes seien. Was die Deckungsvorschläge des Magistrats betrifft, so erklärte der Redner grundsätzlich die Bereitwilligkeit der demokratischen Fraktion, die Einführung der vorgeschlagenen Steuern zu genehmigen, da er die Anleihenbewirtschaftung für unproduktive Ausgaben nicht aufheben könne, will aber die Kreditbestimmungen, betr. die Erlassung der steuerfreien Einkommen, abwarten und spricht sich schon im voraus dafür aus, daß Einkommen bis zu 6000 M. überhaupt nicht und solche bis 10 000 M. nur mit einem geringen Prozentsatz herangezogen werden sollen. Auch mit der Erhöhung der gewerblichen Einnahmen will sich der Redner, weil sie unerlässlich ist, abfinden. Die Erhöhung des Schulgeldes ist ihm aus kulturellen Rücksichten höchst unempfindlich, weshalb er beantragt, dasselbe nur um 50 Prozent zu erhöhen und den Teilbetrag daraus durch eine weitere Erhöhung des Strompreises um 10 Pf. pro Kilowattstunde bereinzubekommen. Zu der Nachbewilligung der Steuer von 20 Prozent für das abgelaufene Steuerjahr gibt der Redner seine Einwilligung nur unter der Bedingung, wenn der Magistrat einwandsfrei feststellen könne, daß keine Voraussetzungen zutreffen. Der Redner meint nun Schluß seiner Ausführungen, daß man bei allem berechtigten Optimismus, den man über die Gesamtlage haben müsse, keineswegs verzagen brauche, und daß bei optimistischer Schaffensfreude Wiesbaden auch wieder besseren Tagen entgegenzusehen werde.

## Stadt. Rechtsanwalt Krüke

spricht für die Deutsche Volkspartei. Der Redner verkennt nicht die Schwierigkeiten, die jetzt einer ordnungsmäßigen Staatswirtschaft im Wege stehen, hält es aber für wünschenswert, daß im Laufe der kommenden Jahre möglichst wieder eine Stabilität der Verhältnisse erreicht werde, wie dies in früheren Jahren der Fall war. Im Hinblick auf die Unsicherheit der einzelnen Bilanzsiffern habe ein Eingehen auf die einzelnen Etatsposten nicht viel Zweck. Seine Fraktion wolle, daß eine gewisse Kontrolle darüber ausgeübt werde, daß möglichst viel gespart werde. Der Redner stellte in Zusammenhang damit den Antrag, daß die Kommission zur Vorbereitung des Etats eine dauernde Einrichtung werden solle, um gewissermaßen fortlaufend die Etats zu kontrollieren. Die Hauptsache sei, daß die Stadt wieder in eine ordnungsmäßige Finanzwirtschaft hineinkomme. Einzelne Ausgabenposten, wie z. B. das Straßenbauamt und das Kanalbaupamt, welche beide zusammen Zuschüsse von 4,3 Millionen Mark er-

fordern, erscheinen dem Redner als reichlich hoch und wirft er deshalb die Frage auf, ob nicht speziell hierbei die Ausgaben durch Verwaltungsreform und Sparwirtschaft weitestlich herabgedrückt werden könnten. Auch die Grundbesitzerverwaltung, die sich doch eigentlich selbst tragen solle, erfordere einen viel zu hohen Zuschuss. Gegen die Deckungsvorschläge des Magistrats hat der Redner im großen und ganzen keine Einwendungen. Mit der Erhöhung des Schulgeldes aber kann er sich ebenso wie seine Vorredner nicht befreunden und will dabei namentlich das Kinderprivileg geschützt leben. Auch dieser Redner schlägt vor, das Schulgeld nur um 50 Prozent zu erhöhen und dafür den Preis für elektrisches Licht zu verteuern. Mit einem Hinweis auf die Summe von 12,2 Millionen Mark, die die Posten Gesundheitspflege und soziale Fürsorge als Zuschüsse erfordern, wobei der Redner größte Sparjamkeit angebracht hält, meint er, daß es langsamer, aber zielbewusster Arbeit bedürfe, um im Geiste des Wiederaufbaus wieder besseren Verhältnissen entgegenzugehen. Der Redner hält eine großartige Propaganda für die Belebung der Kurindustrie für notwendig, deren Ausgaben übrigens auch, wie z. B. für das Feuerwerk, das in der letzten Stadtverordnetenversammlung abfällig kritisiert wurde, merkwürdigen Charakter hätten und solche Veranlassungen bzw. die dafür erforderlichen Kosten hauptsächlich von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet werden müßten.

Nach den Reden dieser Vertreter der drei größten Parteien im Stadiparlament kante die Diskussion merklich ab. Stadiv. Rechtsanwalt Schneider, der für das Zentrum sprach, meinte ebenfalls, daß überall, wo es angängig sei, gespart werden müsse, da die Steuerquellen völlig erschöpft seien. Er ist pessimistischer wie der demokratische Staatsredner und glaubt z. B. nicht, daß die Kurindustrie jemals wieder die alte Blüte ererbe. Mit der Schulserhöhung nur um 50 Prozent statt der vorgeschlagenen 100prozentigen ist er einverstanden. Ferner kritisierte der Redner die Einrichtung des Fehlschlusses, für das er sich keineswegs begeistern kann und bringt den Plan einer städtischen Sparkasse in empfehlende Erinnerung. — Stadiv. Dr. Degenhardt (Deutsche Vp.) beleuchtet eingehend die Schulserhöhungsnisse und führte als die Gründe an, die sowohl vom Standpunkte der Lehrerschaft wie der Eltern gegen die Erhöhung des Schulgeldes sprechen, ebenso Stadiv. Fr. J. von der gleichen Fraktion. — Stadiv. Reinsperger (Unab. Sos.) zieht auf seine Weise aus diesem städtischen Etat keine Schlüsse und sieht einen Bankrott der kapitalistischen Wirtschaftsweise voraus. Wenn man übrigens sparen wolle, dann gäbe es noch genug Posten, so vor allen auch die Stilllegung der römisch-irischen Abteilung im Kaiser-Friedrichbad, ohne die es ebenlogut ginge. Der Redner verweist dann auf die Bestrebungen der unabhängigen Sozialdemokratie betr. die Sozialisierung und schlägt, daß, solange die kapitalistische Wirtschaftsform vorherrschend sei, diese ihre Zustimmung zum Etat nicht geben könne.

Nachdem noch Stadiv. Hildner (Dem.) mit dem Hinweis auf den hohen Posten von 2 Millionen Mark als Ertrag der Gemeindegrundsteuer dafür plädiert hatte, die Hausbesitzer nicht über ihre Kraft zu belasten und ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Wohnungen in ordentlichem Zustande erhalten zu können, schloß die Generaldebatte.

In der Spezialberatung werden zunächst die Anträge des Magistrats zu Position 1, 2 und 3 glatt genehmigt. Zu Position 4 wird der Antrag Deutsch

das Schulgeld anstatt um 100 Prozent nur um 50 Prozent zu erhöhen und den Ausfall durch Erhöhung des Lichtstrompreises um 10 Prozent pro Kilowattstunde zu decken

angenommen unter der Ablehnung eines Antrages Bauer, der sich überhaupt gegen jede weitere Erhöhung des Schulgeldes in den höheren und Mittelschulen aussprach.

Zu Position 5, betr. Erhöhung des Preises für elektrisches Licht, wird ein Antrag Bauer nach langer Diskussion, an der sich insbesondere auch Bürgermeister Travers wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten über den Abstimmungsmodus beteiligte, mit 18 gegen 18 Stimmen bei mehreren Stimmenthaltungen angenommen der folgenden Wortlaut hat:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu eruchen, der Stadtverordnetenversammlung umgebend eine Vorlage zu unterbreiten, wonach unter Zugrundelegung einer gewissen Koeffizienten der Gaspreis für den darüber hinausgehenden Verbrauch staffelartig nach oben ausgefaltet wird, damit die leistungsfähigen Schülern in erster Linie die Verteuerung tragen.“

Ebenso wurde aber auch der Magistratsantrag in der vorher wiedergegebenen Fassung angenommen, desgleichen die Positionen 6, 7 und 8, allerdings ebenfalls wieder unter Annahme eines Antrages Bauer, der wie folgt lautet:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu eruchen, bei der geplanten Erlassung der von der Reichseinkommensteuer freigelassenen Einkommen als Einkommensminimum mindestens 12 000 M. gelten zu lassen und dementsprechend die Steuerzahler, deren Gesamteinkommen diese Summe nicht übersteigt, von dieser Steuer freizulassen.“

Auf der Antrag des Magistrats zur Erhebung einer Nachsteuer von 20 Prozent für das bereits abgelaufene Steuerjahr wurde genehmigt mit dem Antrag Krüke, daß diese Steuer nur erhoben werden solle, wenn sie vom Reiche für die folgenden Jahre übernommen bzw. zurückvergütet werden solle. — Ferner werden angenommen: Ein Antrag Bauer auf Ausarbeitung einer Vorlage, betr. Einführung einer Wohnungsluxussteuer, ein Antrag Krüke, die zu bildende Etatskommission als dauernde Einrichtung gelten zu lassen, ein weiterer Antrag Bauer auf Nachprüfung der bei dem Magistrat beschäftigten Kriegshilfskräfte. Ein Antrag des Stadiv. Kettenbach, 2000 M., die für Schießbedarf der Feldhüter vorzusehen sind, zu streichen, wird abgelehnt, desgleichen ein Antrag des Stadiv. Krüke, die Lehrtätigkeit in den Volksschulen unentgeltlich zu liefern. Frau Stadiv. Herrmann stellte den Antrag, die beabsichtigte Straßeneinbaugabebühr und die Rekrutabfuhrgebühren unter der Bezeichnung „Abraumgebühren“ zusammenzufassen, soa ihn aber wieder zurück, worauf dann der Etat im gansen laut Vorlage unter Berücksichtigung der angenommenen Anträge mit großer Mehrheit gebilligt wurde. — Bezüglich der Neubekleidung der 103 Beamtenstellen war die Verlesung nur zu hören; Einwendungen gegen die vorgeschlagenen Personen von Seiten der Versammlung wurden nicht erhoben. Damit ist es gelungen, trotz der Kürze der Zeit den Etat zur Verabschiedung zu bringen.

## Gegen den Obstwucher.

Bürgermeister, Oberstaatsanwalt, Gewerbeinspektor und Preisprüfstelle erlassen gemeinsam eine Bekanntmachung, in der es heißt: Die zurzeit erforderlichen hohen Preise für Obst, insbesondere für Äpfel, Johannisbeeren, Holbeeren, haben einen Entrüstungsturm in der Bevölkerung hervorgerufen, zumal gerade in diesem Jahre die Ernte außerordentlich gut ausgefallen ist. Diese hohen Preise lassen die Vermutung als gerechtfertigt erscheinen, daß die Erzeuger unredlich übermäßige Preise für Obst nehmen und die Großhändler derartige Wuchererkaufspreise zahlen oder sogar den Erzeugern an Ort und

Stelle anbieten. Erzeuger, die solche Preise verlangen...

Inzwischen ist es hier zu weiteren Zwischenfällen gekommen. So erschien heute in aller Frühe...

Übermäßige Inanspruchnahme des Wohnungsamtes. Der Magistrat teilt mit: Das Wohnungsamt (Hainstraße 21) ist für das Publikum...

Todesfall. Im hohen Alter von 80 Jahren verstarb in Sonnenberg...

weit über die Grenzen seiner Heimat hinaus bekannte Verlässlichkeit...

Die Jahlung der Militärrenten, Pensionen und Hinterlassenen...

Zur Beachtung für die Kurhausbesucher. Auf die in nachfolgender Nummer enthaltene Bekanntmachung...

Verberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes. Staatsoper. Sonntag, den 27. Juni, nachm. bei aufgeh. M.

Reichsbank. Sonntag, den 27. Juni, nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Wiener Star.

Weltunterhaltungsabend. In dem am Dienstag, abends 8 1/2 Uhr...

Table with columns: Div., Bank-Aktien, Industrie-Aktien, Kurs vom 25. Juni 1920. Lists various stocks and their prices.

Der Markkurs im Ausland. mz. Mainz, 25. Juni. Die Unsicherheit der inner- und außenpolitischen Lage...

Nipala-Fleckenwasser. ist das idealste Reinigungsmittel, beseitigt restlos alle Flecken...

Die Abend-Ausgabe umfasst 4 Seiten. Hauptredakteur: G. Seiff.

Handelsteil. Berliner Börse. mz. Berlin, 25. Juni. Das Zustandekommen des neuen Kabinetts ist ohne merklichen Einfluss auf die Börse geblieben...

Von Montag, den 28. Juni, ab stellen die unterzeichneten Modefirmen Ihre Modelle in Jackenkleidern, Mänteln, Abendkleidern und Blusen zu herabgesetzten Preisen zum Verkauf. G. August, J. Bacharach, J. Hertz.

National-Kassen mit Fabrik-Garantie. Allein-Vertreter: C. Herit, Niederwaldstraße 11. Telephon 1400.

Schuhwaren zu vorteilhaften Preisen. Anfertigung nach Maß. Alle Reparaturen. Schuhmachermeister Harms, Spiegelgasse 1. Fernsprecher 1665.

Ziehung 7. Juli 1920 Lehrerheim-Lotterie. 1. & 2. Klasse Lehrer-Unterrichtsprüfung...

Soeben erschienen: Der Lohnabzug beim Reibseinkommensteuergesetz. Steuerkarte - Steuermarken - Steuerlisten. Preis M. 5.-. Buchhandlung Volksstimme, Mauritiusstraße 5.

Bekanntmachung. Einzahlungen auf Geschäftsanteile (Mitgliedsguthaben), die vor Schluss eines Vierteljahres erfolgen, nehmen von diesem Zeitpunkt ab an dem Gewinn teil. Beabsichtigte Einzahlungen unserer Mitglieder sind demnach zweckmässig vor 30. Juni 1920 zu leisten. Ebenso empfiehlt es sich für neu hinzutretende Mitglieder, die Mitgliedschaft schnellst vor dem 30. Juni zu erwerben. Wiesbaden, den 5. Juni 1920. F 276. Vereinsbank Wiesbaden. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Eigenes Geschäftsgebäude: Mauritiusstraße 7.

Los 2 M. 11 Lose zu 2 M. Preisgüter und viele 50 Pf. Lose. Gust. Pfordte, Essen.

Weisse Schuhe Herren- u. Damentiefel Halbschuhe, Arbeitsschuhe, Kinderstiefel gut und preiswert. Schuster, Weichstr. 1. Eingang Hof, Auto-Garage.

Befreiung von staatlicher Angestelltenversicherung ermöglicht Beantragung einer Lebensversicherung bis zum 30. Juni 1920 bei der Gothaer Lebensversicherungsbank a. G. Bislang abgeschlossene Versicherungen: 2 Milliarden 750 Millionen Mark. Auskunft erteilt der Vertreter: Hch. Port, Wiesbaden, Ruisenstr. 26, 2. Fernspr. 1876. 799. Annon.-Expedition. Inseraten-Aufnahme für alle Zeitungen. G. Seiff (nach Anzeigen).

### Warnung vor Obstwucher.

Die zurzeit geforderten hohen Preise für Obst, insbesondere für Kirichen, Johannisbeeren, Waldbeeren, haben einen Entrüstungsturm in der Bevölkerung hervorgerufen, zumal gerade in diesem Jahre die Ernte außerordentlich gut ausgefallen ist.

Diese hohen Preise lassen die Vermutung als gerechtfertigt erscheinen, daß die Erzeuger unberechtigt übermäßige Preise für Obst nehmen und die Großhändler derartige Wuchererkaufpreise zahlen oder sogar den Erzeugern an Ort und Stelle anbieten.

Erzeuger, die solche Preise verlangen, setzen sich der Bestrafung aus § 1, Ziffer 1 der Preistreibeverordnung vom 8. Mai 1918 in der Fassung der Wucherverordnung vom 27. November 1919 aus. Händler, die diese Preise anbieten und zahlen, machen sich einer Anreizung zur Preistreibererei im Sinne des § 1 Ziffer 7 der angeführten Bestimmungen schuldig und setzen sich der Gefahr der sofortigen Festnahme und Verführung vor das Wuchergericht sowie der Beschlagnahme und Einziehung ihrer Waren aus.

Wiesbaden, den 25. Juni 1920.

Der Oberbürgermeister. Der Oberstaatsanwalt. Die Polizeidirektion (Gewerbekommissariat). Die Städtische Preisprüfstelle. F316

### Weinversteigerung der Stadt Wiesbaden.

Mittwoch, den 7. Juli d. J., vormittags von 11 ab, sollen im Kaiserteller-Restaurant aus dem Ertrag der Weinberge Langels Weinberg u. Keroberg 1. 15 Halbstück (Nahrgang 1919), 2. 1 Viertelstück (Nahrgang 1919), 3. circa 2700 Pfosten Keroberg aus 1917 versteigert werden. Die Flaschenweine kommen in Gebinden von je 100 Flaschen zum Ausgab.

Allgemeiner Probetag für Interessenten ist der 28. Juni d. J., vormittags von 9-12 Uhr, in dem Rathshaus des Kaisertellers. Karten zu dem Probetag und zu der Versteigerung selbst werden im Rathhaus, Zimmer 59a, gegen Zahlung von zusammen 10 Mk. ausgegeben.

Die Versteigerungsbedingungen liegen im Zimmer 60 in den Vormittagsdienststunden zur Einsicht offen.

Wiesbaden, den 15. Juni 1920. F392

Städtische Verwaltung für Landwirtschaft, Weinberge u. Forsten.

### Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands, Fil. Wiesbaden.

Montag, den 28. Juni 1920, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Wahl eines Vorsitzenden u. Bericht von der Gaukonferenz sowie der Tarifverhandlung. Der Vorstand.

### Verein Frauenbildung - Frauenstudium (Abteilung Wiesbaden).

Montag, den 28. Juni 1920, abends 8 Uhr, im Rathhaus, Zimmer 36 (Stadtverordneten-Saal): Vortrag von Herrn Stadtverordneten Dr. Friedländer-Wiesbaden über: „Aufgaben der sozialen Hygiene“. Eintritt frei. - Gäste willkommen. Der Vorstand.

### Männergesangsverein „Hilda“ E. B., Wiesb.

Sonntag, den 27. Juni 1920, nachm. 4 Uhr: Familien-Ausflug mit Tanz nach Biebrich, Saalbau Josefhaus, Wiesbadener Straße, Ecke Schulstraße.

### Männergesangsverein „Fidelio“, Biebrich a. Rh.

Morgen Sonntag, den 27. Juni: Tanz-Ausflug nach Schierstein Saal zu „Drei Kronen“. Beginn 4 Uhr. Es ladet freundlich ein Der Vorstand.

### Athletik-Sportklub „Athletia“ Wiesbaden.

Sonntag, den 27. Juni: Beteiligung am Sternlauf. Abmarsch 10 1/2 Uhr vormittags vom Klublokal Welltriststraße 29. Der Vorstand.

### Großes Preiskegeln!

1. Preis 100 Mk. bar und weitere Preise. Sonntag, den 27. Juni, von vorm. 8 bis abends 10 1/2 Uhr im „Bürgerhof“, Michelsberg 28.

### Café Corso

Marktstr. 26, 1. Eröffnung heute abend 8 Uhr. Neu renoviert.

### Autobereifung

Gebrauchte guterhaltene Comptoir International d'Importation et d'Exportation Wiesbaden, Herderstr. 35. Telefon 2355.

### Frucht-Marmelade

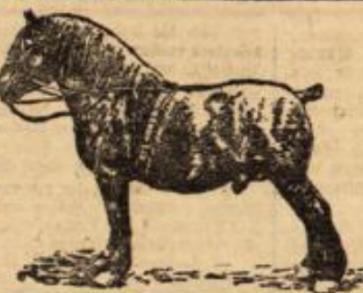
Grund 11. 5.50. Apfelwein inf. Steuer ganz 11. 5.50. Parivirtutis 1 Dose 2.75. Seb. Böh. Herrngartenstraße 7. Fernspr. 4717.

### Herrenfahrrad

f. neu, bill. zu vt. Bester, Blücherstraße 31, Hdb. 3.

### Neu eingetroffen: Ein Transport junge Pferde

schweren und leichten Schlages. Jos. Blumenthal Pferde-Handlung Schwalbacher Straße 38.



### Rauchtabak

Mittelschnitt, garantiert rein überseeisch 100 Gr.-Packung Mk. 5.00 Virginia-Mischung (Mittelschn.) netto Inhalt 80 Gr., Dose Mk. 6.00. Joseph Witte, Zigarren-Spezialgeschäft auf Schliersteiner Str. 1a Ecke Adelheidstr.

### Café Orient

Unter d. Eichen. Täglich nachmittags u. abends, bei jeder Witterung konzertiert. Rabek-Orchester aus Wien. NB. Morgen Sonntag, abends: Grosser Ball. Ballett u. Vorträge M. H. Hofen.

### Es findet keine Versteigerung der Waren statt.

Ich stelle aber den Rest meiner Hüte, Waren, Ladenkartons mit Messinggriffen u. Ausstragkartons am Montag zu jedem annehmbaren Preis zum Verkauf. Leopold-Emmelhainz, Wilhelmstrasse 38.

### A.H.O.

Morgen ab 4 Uhr: Neue Adolfshöhe. Garten schlänge wieder eingetroffen. 734 Ph. Sch. Marx Morichstr. 21. T. 895/896.

### Tabak

in jeder gewünschten Packung. Zigarren in jeder Preislage, Zigaretten diverse Sorten, kaufen Sie erstklassig und preiswert bei Rheinland Gesellschaft m. b. H., Wiesbaden, Frankfurter Straße 41, Telefon 5236, Tabakfabrik u. Großhandl. Lieferung nur an Wiederverkäufer.

### la Vollmilch ohne Zucker

2 Pfd. 12.50. Kartoffelmehl, Reismehl, Helvetia-Marmeladen, reine Früchte m. Zucker. Kaffee, Kakao, Tee zu billigsten Tagespreisen. D. Fuchs Saalgasse 4. Tel. 475.

### Devacuin

Bombenexplosionen der Stuhlgang. Schützenhof - Apotheke, Langgasse 11. 755. Frucht-Marmelade Grund 11. 5.50. Apfelwein inf. Steuer ganz 11. 5.50. Parivirtutis 1 Dose 2.75. Seb. Böh. Herrngartenstraße 7. Fernspr. 4717. Einige echte Saunenziegen zu verkaufen. S. Hessel, Dohheim, Oberstraße 19.

### Diplomat

mit 4 Zug. dunkel Eich wie neu, mit dazu pass. Schreibst. 65x100. b. Peter Hermannstr. 17. 1. Gut erb. Herrn-Sattel sowie 1 prima Damenlattel zu verk. Bucheler, Geisbergstr. 5. 2 rechts; das sind noch 2 eil. Bettstellen u. Sopelst. b. aba Brennsch. Fahrrad, freil. Radtrittbr., mit vollst. neuer Ber. pr. vt. Haislau, Schw. Str. 43.

### Herrenfahrrad

f. neu, bill. zu vt. Bester, Blücherstraße 31, Hdb. 3.

### la Adler-Rad

bsh. Rahm., mit Pneum., 2 Halenkl. Serit. Niederwaldstr. 11. Tel. 1400.

### Für Sattler!

Zusatzmaschine zu perf. Kari Raab 5., Naurob.

### Möbel-Ankauf!

Kaufe alle Arten Möbel sowie Bettwäsche, Federbetten, Teppich, Frau Seipp, Bertramstraße 25, Eleonorenstraße 7, 2.

### Guter Koffpl.-Koffer

gef. Angeb. mit Preis an Fr. Seipp, Eleonorenstraße 7, 2.

### Gesucht

Gebrauchte Fahrräder ohne Bereifung. Bb. Schmidt, Mechaniker, Vorfrische 13, Mittelbau Fahrrad ohne Bereif. zu kaufen gel. Holland, Sedanstr. 5.

### Reparaturen

an Fahrrädern, Nähm. usw. w. prompt u. billig ausgearb. Repar.-Werkstätte Schmidt, Mittelstr. 23. Wer leih 5000 Mk. i. Kriegsbes. a. Ankauf 5. Möbeln acc. monatl. Rückzahl. b. hoh. Zinsen? Offerten unter T. 995 an den Tagbl.-Verlag.

### Motorrad-Unfall

an der Albrecht-Direkt-Anlage am Freitag, den 11. 6. abends 7 Uhr. Personen, w. bei d. Unfall zugegen, wo die 80l. Dame umgefahren wurde u. schwere Körnerverletzung davontrug, w. höfl. geb. behufs Feststellung des Unfallhahers Sedanstr. 12, Part. voranzusprechen.

### Kleiner Laden

in Biebrich, Bierstadt od. Sonnenberg gesucht für besseres Geschäft, mögl. auf 1. Juli. Off. unter T. 995 an Tagbl.-Verlag. Möbl. Zimmer am liebst. mit voll. Veni. Nähe Teutopol. Blumenwiese, gel. Off. mit Preis mit od. ohne Veni. unter T. 997 Tagbl.-Verlag.

### Dirigenten

Respekt wollen ihre Off. nicht Gehaltsantrag unter T. 994 an Tagbl.-Verlag. Angeres Mädchen f. H. Haus, gel. N. Dohheim, Wiesbadener Straße 49. Monatshilfe 2-3 Stunden vormittags gel. Winkel. Bahnhofstr. 3, 2.

### Kriegsbeschädigter

(H. Geschäftsmann) verlor in od. vor der Coöperatio, Friedrichstr., eine Briefmappe mit Inhalt u. Pas. D. eitel. Find. w. gebeten viel. geg. gute Belohn. abzug. bei Paul, Triller, Grabenstr. 6. Abhand. gekomm. H. Fr. Hund, hört a. d. Namen Tomms. Hederbr. 2. 1. Martinstraße 2.

### Von der Reise zurück. A. Hoffmann

Spezialarzt für Lungenkrankheiten Mainz Tel. 994 Ludwigstr. 12 Sprechstunden: Montag bis Freitag von 1-4 Uhr, vormittags nur nach Vereinbarung. F 60 Samstag und Sonntag keine Sprechstunde.

### Tierärztliche Praxis.

Habe mich in Wiesbaden als prakt. Tierarzt niedergelassen und empfehle mich als solcher.

### Busch, Tierarzt, Michelsberg 32

Telephon 195. Sprechstunden 2-3 nachmittags, 6 1/2-7 abends.

### Versicherungs-Büro Adolfsallee

Adolfsallee 28 WIESBADEN Fernspr. 882. 1. Transport-Versicherung aller Art gegen jede Gefahr, für Geschäfte u. Private; 2. Auto-Kasko, Auto-Unfall u. Auto-Haftpflicht-Versicherung; 3. Verbesserte Reisegepäck-Versicherung, von 4- pro Tausend, Policen sofort; 4. Feuer-, Einbruch-, Aufrubr- u. Lager-Versicherung; 5. Haftpflicht- u. Glasschäden-Versicherung; 6. Lebens-, Renten-, Unfall-, Aussteuer- u. Kinder-Versicherung; 7. Reise-, Unfall-Versicherung; 8. Vieh-Versicherung. General-Agenturen. - Bürozeit: 9-12 u. 2-4.

### Neue Autodecken und Schläuche

sowie vulkanisierte Autodecken, ferner Zahngummi, franz. und engl. Fabrikat, stets greifbar am Lager des COMPTOIR GENERAL Filiale Wiesbaden Dotzheimer Str. 105. Tel. 5010.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse ist die Stelle eines

### Kranken-Kontrolleurs

sofort zu besetzen. Berlangt wird eine hier wohnhafte, verheiratete, körperlich rüft e, männliche Persönlichkeit im Alter von 25-40 Jahren, die in der Versicherungsgeheubung Kenntnisse besitzt. Sechsmönatige Probezeit und hierauf Ablegung einer Prüfung ist Vorbedingung zur festen Anstellung. Bewerber wollen ihr Gesuch unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes bis spätestens zum 1. Juli bei der Geschäftsstelle einreichen. Persönliche Vorstellung vorläufig verboten. F208

### Meine Verlobung mit Fräulein Paula Ehnnes, Wiesbaden, Westendstraße 42, betrachte ich hiermit als gelöst.

Architekt Jos. Geiger, Bingen. F206b

### Als Verlobte grüßen

Friedel Kämpf Edmund Brunn Wiesbaden. 25. Juni 1920.

### Todes-Anzeige.

Am 25. Juni d. J., vorm. 8 Uhr entschlief, nach langem, schwerem Leiden mein lieber Sohn, unjer guter Bruder, Schwager u. Onkel Josef Winter. Im Namen der Hinterbliebenen: Ellen Winter. Wiesbaden, den 25. Juni 1920. Dohheimer Straße 112. Beerdigung: Montag, den 28. Juni 1920, nachm. 4 1/2 Uhr, Südfriedhof.

### Luise Stäcker

geb. Reuschenbach im Alter von 69 Jahren. In tiefem Schmerz: Die trauernden Hinterbliebenen. Wiesbaden, Blücherstraße 26, Biebrich, Frankfurt, Leipzig, Berlin. Die Beerdigung findet Montag nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus, statt.